

Heike Holbig

Der XVI. Parteitag der KPCh

Teil II: Politische Weichenstellungen

Gliederung:

Einleitung

Weiter voran auf Deng Xiaopings Marschroute zur Wohlstandsgesellschaft

Jiang Zemins Vermächtnis der „Dreifachen Repräsentation“ und die Rolle der Ideologie

Politischer Auftrieb für den privaten Wirtschaftssektor: Reine Symbolik oder normative Kraft des Faktischen?

Signale für politische Reformen: Neue Konzepte und ihre Umsetzungschancen

Einleitung

Nachdem sich Teil I dieses Beitrags¹ ausführlich den auf dem XVI. Parteitag der KPCh Mitte November bekannt gewordenen personellen Veränderungen gewidmet hat, werden in dem vorliegenden Teil II die inhaltlichen Neuerungen analysiert. Im Mittelpunkt werden die mit dem Parteitag vollzogenen parteipolitischen Weichenstellungen stehen, von denen einige als durchaus zukunfts-trächtig gelten können. Verschiedene tief greifende ideologische Innovationen, die unter anderem die Aufnahme neuer wirtschaftlicher und sozialer Eliten in die KPCh offiziell legitimieren, aber auch vielfältige Signale für politische Reformen werden im Folgenden näher beleuchtet und auf ihre praktische Relevanz hin untersucht. Schließlich werden die potenziellen Veränderungen des politischen Systems der VR China diskutiert, die aus den jüngsten parteipolitischen Weichenstellungen resultieren könnten.

Die folgenden Ausführungen basieren auf den offiziellen Dokumenten des Parteitags, insbesondere dem zu Beginn des Parteitags vom bisherigen Generalsekretär Jiang Zemin in gekürzter Fassung verlesenen politischen Bericht des ZK der KPCh² und der längeren schriftlichen Fassung, die am 18. November in den offiziellen Medien ver-

öffentlicht wurde.³ Die Formulierung dieses programmatischen Dokuments war im Oktober 2001 unter der direkten Leitung Jiang Zemins und des Ständigen Ausschusses des Politbüros begonnen und in wiederholter Abstimmung mit über einem Dutzend themenbezogener Fachausschüsse und mit regionalen Vertretern wenige Wochen vor dem XVI. Parteitag fertig gestellt worden.⁴ Damit stellt der Parteitags-Bericht das Endprodukt eines ausführlichen konsultativen Prozesses dar und dürfte als solcher weitgehend konsensual sein. Als zentrale Dokumente wurden der vorliegenden Untersuchung ferner das revidierte Parteistatut der KPCh,⁵ das vor allem die ideologischen Neuerungen des Parteitags reflektiert, sowie die vom Zentralkomitee der KPCh angenommenen Resolutionen,⁶ die die wichtigsten Inhalte in geraffter Form darstellen, zugrunde gelegt. Schließlich wurden mehrere „wichtige Reden“, die der neue Generalsekretär Hu Jintao und andere hochrangige Mitglieder der neuen Führungsgeneration seit dem Ende des Parteitags gehalten haben, in die Analyse einbezogen, um daraus erste Hinweise für die Umsetzung der politischen Neuerungen zu erhalten.

Weiter voran auf Deng Xiaopings Marschroute zur Wohlstandsgesellschaft

Wer sich vom XVI. Parteitag der KPCh grundlegende Änderungen des wirtschaftspolitischen Kurses der chinesischen Führung versprochen hatte, wurde von den jüngsten Beschlüssen sicherlich enttäuscht. Die seit vielen Jahren festgeschriebene Politik der Reform und Öffnung und des Aufbaus einer „sozialistischen Marktwirtschaft chinesischer Prägung“ (*Zhongguo tese shehuizhuyi shichang jingji*) ist im Wesentlichen auch für die kommenden mindestens fünf Jahre beibehalten worden.

Diese Kontinuität ist zunächst parteiprogrammatisch begründet. So hat Deng Xiaoping bereits zu Beginn der durch ihn eingeleiteten Reform- und Öffnungspolitik im Jahr 1979 eine dreistufige Strategie für den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas vom Entwicklungsland zum wohlhabenden Industriestaat bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts entworfen. Danach sollte in einer ersten Stufe bis zum Jahr 1990 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegen-

³„Quanmian jianshe xiaokang shehui, kaichuang Zhongguo tese shehuizhuyi shiye xin jumian“, in: RMRB, 18.11.2002; die offizielle englische Übersetzung des Dokuments findet sich unter www.16congress.org.cn/english/features/49007.htm; die deutsche Übersetzung unter www.16da.org.cn/german/50814.htm; im Folgenden als „Parteitags-Bericht“ bezeichnet.

⁴Zum Prozess der Formulierung des politischen Parteitags-Berichts s. *Ta Kung Pao*, 30.11.2002, nach BBC PF, 1.12.2002.

⁵Das mit ZK-Beschluss vom 14. November 2002 geänderte Parteistatut der KPCh wurde am 19. November in der offiziellen Presse abgedruckt: RMRB, 19.11.2002; die offizielle englische bzw. deutsche Übersetzung findet sich unter www.16congress.org.cn/english/features/49109.htm bzw. www.16da.org.cn/german/50831.htm. Ein Abdruck der deutschen Version des neuen KPCh-Parteistatuts findet sich in hinteren Teil dieses Heftes unter der Rubrik „Dokumente“.

⁶S. v.a. die beiden Dokumente „Full Text of Resolution on CPC Central Committee Report“, www.16congress.org.cn/english/features/48803.htm, sowie „Full Text of Resolution on Amendment to CPC Constitution“, www.16congress.org.cn/english/features/48804.htm.

¹Heike Holbig, „Der XVI. Parteitag der KPCh. Teil I: Die neue Führungsgeneration“, in: C.a., 2002/11, S.1263-1276.

²Die von Jiang Zemin mündlich verlesene Kurzfassung des Parteitags-Berichts, die im chinesischen Staatsfernsehen CCTV übertragen wurde, findet sich in englischer Übersetzung in BBC EF, 9.11.2002; s. auch *Wen Wei Po*, 9.11.2002, nach FBIS, 10.11.2002; vgl. Exzerpte der Rede in RMRB, 9.11.2002.

über dem des Jahres 1980 verdoppelt und die Volkswirtschaft einen Entwicklungsstand erreichen, auf dem die Grundbedürfnisse der Bevölkerung im Wesentlichen gedeckt werden können (chin.: *wenbao*, „sich ausreichend kleiden und sättigen können“). In einer zweiten Stufe bis zum Jahr 2000 sollte wiederum das BIP des Jahres 1990 verdoppelt werden, sodass China im Ansatz den Entwicklungsstand eines Landes mit „bescheidenem Wohlstand“ (*xiaokang*) erreiche – ein Standard, den Deng Xiaoping im Jahr 1984 mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP von USD 800 beziffert hatte. Mit Beginn des 21. Jahrhunderts sollte China schließlich die dritte Stufe einer umfassenden Modernisierung in Angriff nehmen, die bis 2050 – ein Jahrhundert nach der Gründung der Volksrepublik – abgeschlossen und das Land dann auf eine Rangstufe mit den entwickelten Industrienationen der Welt stellen sollte.⁷

Pünktlich vor dem XVI. Parteitag bestätigte die Staatliche Kommission für Entwicklungsplanung (das Nachfolgeorgan der Staatlichen Planungskommission, der obersten Planungsbehörde der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft) nun, dass die ersten beiden von Deng Xiaoping skizzierten Entwicklungsstufen dem vorgesehenen Zeitplan gemäß erreicht worden seien. Im Jahr 2000 habe das Pro-Kopf-BIP die Schwelle von USD 800 überschritten (2001 habe es bereits über USD 900 gelegen) – der historische Sprung zum bescheidenen Wohlstand (*xiaokang*) sei damit pünktlich vollzogen worden. Damit sei der Weg frei für die dritte Entwicklungsstufe, in der es gelte, bis zum Jahr 2050 den „umfassenden Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ (*quanmian jianshe xiaokang shehui*) umzusetzen, der alle Bevölkerungsteile einschließe.⁸

Genau dieser von Deng Xiaoping entworfenen dreistufigen Entwicklungsstrategie folgte nun der programmatische Grundsatzbericht, den Jiang Zemin wenige Tage später zum Auftakt des XVI. Parteitags verlas. Unter dem Titel „Eine Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand umfassend aufbauen, eine neue Situation für die Sache des Sozialismus chinesischer Prägung schaffen“⁹ forderte Jiang Zemin, das bislang erreichte Entwicklungsniveau eines bescheidenen Wohlstands, der noch sehr ungleich verteilt und keineswegs alle Bevölkerungsgruppen erfasse, weiter auszubauen. Dazu solle (in direkter Fortsetzung der Dengschen Verdopplungslogik) das gegenwärtige BIP von rund einer Milliarde USD bis zum Jahr 2010 auf zwei Milliarden USD verdoppelt und bis zum Jahr 2020 auf vier Milliarden USD vervierfacht werden (zur Erreichung dieser Ziele ist ein jährliches Wirtschaftswachstum von durchschnittlich knapp über 7 Prozentpunkten nötig, eine Rate, die chinesische Ökonomen durchaus für realisierbar halten).¹⁰ Für 2020 – ein Jahrhundert nach der Gründung der KPCh – sei so eine Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand zu schaffen, in der sich alle eines verbesserten Lebensstandards erfreuten. Dies wiederum sei die Voraussetzung für eine vollständige Modernisierung des Landes

bis 2050.¹¹

Der Übergang zur dritten Entwicklungsstufe, der mit dem XVI. Parteitag und somit, wie die Medien zu betonen nicht müde wurden, pünktlich zu Beginn des neuen Jahrhunderts eingeläutet wurde, bedeutet im Wesentlichen eine Fortsetzung von Reform- und Öffnungspolitik, die ihren Erfolg in den vergangenen Jahren klar bewiesen habe – im Kapitel „Wirtschaftsaufbau und Wirtschaftsstrukturreform“ handelte der diesjährige Parteitags-Bericht ähnliche Themen in ähnlicher Reihenfolge wie der Bericht anlässlich des XVI. Parteitags vor fünf Jahren ab.¹² Allerdings impliziert der „umfassende Aufbau einer Gesellschaft von bescheidenem Wohlstand“ einige Akzentverschiebungen innerhalb des wirtschaftspolitischen Gesamtrahmens. Da es nach einer Phase der ungleichzeitigen Entwicklung, in der die Küstengebiete und urbanen Zentren stark privilegiert worden waren, nun gelten soll, alle Bevölkerungsgruppen an den verbesserten Lebensstandards partizipieren zu lassen, finden diejenigen Bereiche besondere Betonung, die auf einen besseren Ausgleich des erreichten Wohlstands zielen.

Zu nennen ist hier zum einen die beschleunigte Entwicklung der Binnenregionen Chinas, die seit drei Jahren von der parteistaatlichen Führung forciert betrieben worden ist. Im Sinne der Schaffung eines umfassenden Wohlstands gilt es hier, die wachsende sozioökonomische Disparität zwischen Küsten- und Binnenregionen durch umfangreiche Finanztransfers in die westchinesischen Provinzen abzubauen.¹³ Auf dem XVI. Parteitag wurden eine Intensivierung der Entwicklung Westchinas angekündigt und weitere Finanzmittel (unter anderem für ökologische Projekte in Höhe von 300 Milliarden Y RMB bis 2010)¹⁴ zugesagt. Zum anderen wurde als Schwerpunkt der wirtschaftspolitischen Arbeit in den kommenden Jahren die Verbesserung des Lebensstandards der ländlichen Bevölkerung und der Ausbau des sozialen Sicherungssystems für städtische Arbeiter bzw. Arbeitslose benannt.¹⁵ Hintergrund ist offensichtlich der wachsende Unmut dieser politisch einst so wichtigen „Klassen“, die gegenüber den wachsenden Mittelschichten und neuen wirtschaftlichen Eliten zunehmend benachteiligt sind. Zahlreichen Äußerungen hochrangiger Parteiführer während des Parteitags war anzumerken, dass sie in Arbeiter- und Bauernunruhen eine zunehmende Gefahr für die soziale und politische Stabilität des Landes erkennen. Der „umfassende Aufbau einer Gesellschaft von bescheidenem Wohlstand“ folgt damit auch dem politischen Ziel des Abbaus destabilisierender sozialer Krisenfaktoren.

Abgesehen von diesen Akzentverschiebungen hat der XVI. Parteitag den bisherigen wirtschaftspolitischen Kurs bestätigt. Neben der programmatischen Verpflichtung auf Deng Xiaopings „Marschroute“ ist dies realpolitisch auch

¹¹Parteitags-Bericht, *ibid.*, Kapitel III.

¹²Für eine Zusammenfassung der wichtigsten Inhalte des Berichts auf dem XV. Parteitag im September 1997 s. Sebastian Heilmann, „Der XV. Parteitag: Wachsende politische Risiken der Wirtschaftsreform“, in: C.a., 1997/9, S.857-866.

¹³Zur Entwicklungsstrategie für Westchina vgl. Margot Schüller, Constanze Kriete, „Entwicklung Westchina – Visionen und Realisierungschancen“, in: C.a., 2002/10, S.1139-1156.

¹⁴„New Funds Flow to the West“, <http://www.16congress.org.cn/english/features/48639.htm>.

¹⁵S. Parteitags-Bericht, Kapitel IV; vgl. auch C.a., 2002/11, Ü 29.

⁷XNA, 11.11.2002; ST, 10.11.2002.

⁸Xinhua, 6., 7.11.2002, nach BBC PF, 7., 8.11.2002.

⁹Zitiert nach der offiziellen deutschen Version des Parteitags-Berichts, *ibid.*

¹⁰XNA, 12.11.2002; Xinhua, 13.11.2002, nach BBC PF, 15.11.2002.

dadurch begründet, dass die sozioökonomischen Probleme und Herausforderungen, denen sich die parteistaatliche Führung gegenüber sieht, fortbestehen. Wie in den vergangenen wird es auch in den kommenden Jahren gelten, den Problemen eines insolventen Bankensystems, eines defizitären staatlichen Unternehmenssektors, einer im Gefolge des WTO-Beitritts weiter wachsenden ländlichen und städtischen Arbeitslosigkeit, eines steigenden Haushaltsdefizits, einer deflationären binnenwirtschaftlichen Lage und einer schwachen weltwirtschaftlichen Konjunktur zu begegnen. Entsprechend wurden auf dem jüngsten Parteitag wie auch bisher die Erfordernisse einer intensivierte Reform des staatlichen Unternehmens- und Bankensektors, eines Ausbaus der privaten Wirtschaft, die sich als wichtiger Beschäftigungsmotor erwiesen hat, die Schaffung eines effizienten Steuersystems, die Stärkung der Binnennachfrage und die Fortsetzung einer aktiven Fiskalpolitik betont. Wie diese Lösungsansätze zeigen, befindet sich der Staat in der „sozialistischen Marktwirtschaft chinesischer Prägung“ keineswegs auf dem Rückzug. Angesichts der umfassenden Pläne des XVI. Parteitags zur landesweiten Umverteilung von Einkommen ist vielmehr abzusehen, dass insbesondere die Zentralregierung in den kommenden Jahren eher noch an Bedeutung in den volkswirtschaftlichen Abläufen gewinnen dürfte.

Jiang Zemins Vermächtnis der „Dreifachen Repräsentation“ und die Rolle der Ideologie

Bleibt in der Wirtschaftspolitik Chinas damit im Wesentlichen „alles beim Alten“, so sind im parteipolitischen Bereich durchaus signifikante Neuerungen zu konstatieren. Von weit reichender Bedeutung erscheinen hier zunächst die ideologischen Innovationen, die durchaus reale Veränderungen mit sich bringen könnten.

Die Reden und Dokumente des XVI. Parteitags stellen auf eindrucksvolle Weise unter Beweis, welche starke politische Einflusskraft und Verbindlichkeit ideologische Formeln einerseits nach wie vor entfalten – und wie flexibel andererseits zugleich Parteitheoretiker und -führer mit denselben ideologischen Formeln umzugehen in der Lage sind, wenn es darum geht, die Parteipolitik zur Erreichung pragmatischer Ziele umzugestalten.

Die prägende Formel des XVI. Parteitags ist die der „Dreifachen Repräsentation“ (*sange daibiao*); danach vertritt die KPCh:

[1] die Erfordernisse der Entwicklung fortschrittlicher Produktivkräfte, [2] die Richtung des Vorwärtsschreitens fortschrittlicher Kultur und [3] die grundlegenden Interessen der überwiegenden Mehrheit des chinesischen Volkes.¹⁶

Mit dieser Universalformel, die durch ihre 29-malige Erwähnung im Parteitags-Bericht (insgesamt über 21.000 Wörter lang) und 8-malige Erwähnung im revidierten Parteistatut (insgesamt 10.600 Wörter lang) nunmehr fest in ideologischen Gerüst der KPCh verankert ist, hat Jiang Zemin als scheidender Generalsekretär der nächsten

Führungsgeneration sein parteiideologisches Vermächtnis mit auf den Weg gegeben. Auch wenn diese Formel in den offiziellen Dokumenten nicht explizit mit dem Namen Jiang Zemins verbunden worden ist, so erhält die „Dreifache Repräsentation“ durch ihre Bezeichnung als „wichtige Idee“ (*zhongyao sixiang*) doch den seit langem erwarteten kanonischen Status und wird somit mit den „Mao-Zedong-Ideen“ und der „Deng-Xiaoping-Theorie“ auf eine Stufe gestellt.

Allgemein lässt sich die Bedeutung der „Dreifachen Repräsentation“ darin verstehen, die Relevanz der KPCh in der gegenwärtigen chinesischen Transformationsgesellschaft dadurch zu sichern, dass der Vertretungsanspruch nicht mehr länger nur für die werktätigen Klassen, sondern vielmehr für die gesamte Bevölkerung erhoben wird. In den Worten des Parteitags-Berichts heißt dies:

Die Kommunistische Partei Chinas ist tief in der chinesischen Nation verwurzelt. Seit ihrem Gründungstag ist sie die Vorhut der chinesischen Arbeiterklasse und zugleich die Vorhut des chinesischen Volkes und der chinesischen Nation und mit der würdevollen Mission der Verwirklichung des großartigen Wiederauflebens der chinesischen Nation betraut.¹⁷

bzw. verkürzt im revidierten Parteistatut:

Die Kommunistische Partei Chinas ist die Vorhut der chinesischen Arbeiterklasse und zugleich die Vorhut des chinesischen Volkes und der chinesischen Nation.

Die KPCh vollzieht damit ihrem eigenen Anspruch nach einen Wandel von einer revolutionären Klassenpartei hin zu einer Volkspartei.¹⁸ Zwar verzichten die Parteitagsdokumente auf die explizite Erwähnung dieses Begriffs der „Volkspartei“ und halten daran fest, dass „das endgültige Ziel der Partei [...] die Verwirklichung des Kommunismus“¹⁹ sei. Dass eine eben solche Entwicklung zur Volkspartei aber tatsächlich intendiert ist, zeigt die parteitheoretische Debatte der vergangenen Jahre, in denen die Evolution der KPCh zu einer „Volkspartei“ (*quanmindang*) und zu einer „regierenden Partei“ (*zhizhengdang*) ohne Umschweife als Überlebensnotwendigkeit benannt wird.²⁰

Verschiedene Manipulationen am bisherigen offiziellen parteiideologischen Korpus machen diesen einschneidenden „Identitätswandel“ der KPCh möglich. So lassen sich die folgenden diskursiven Elemente der Umdeutung der KPCh von einer Klassen- in eine Volkspartei identifizieren:

- Der „Sozialismus chinesischer Prägung“ (*Zhongguo tese shehuizhuyi*) (24-mal im Parteitags-Bericht, 6-mal im KP-Parteistatut erwähnt): In Fortsetzung der von Mao Zedong und Deng Xiaoping vorgenommenen kreativen Ausdeutungen marxistisch-leninistischer Dogmen gemäß den Besonderheiten der chi-

¹⁷Parteitags-Bericht, *ibid.*, Kapitel X.

¹⁸Vgl. Sebastian Heilmann, „Von der 'Klassenpartei' zur 'Volkspartei': Ergebnisse des XVI. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas“, in: *China Analysis*, Nr.20 (Januar 2003), www.chinapolitik.de.

¹⁹KPCh-Parteistatut, *ibid.*, Allgemeines Programm.

²⁰Vgl. etwa Zhang Yuanbao (2001), „Xiang shehui youxiu fenzi zhangkai damen shi jiaqiang dang de jianshe de zhanlüe jucuo“, in: *Zhonggongdangshi yanjiu*, 2001/6, S.10-16; *Zhongguo Xinwen She*, 2.11.2002, nach BBC PF, 12.11.2002; JB, 2002/12, S.34-37.

¹⁶Zitiert aus der offiziellen deutschen Version des Parteitags-Berichts, *ibid.*

nesischen Realität hat sich auch Jiang Zemin vorbehalten, unter dem Begriff des „Sozialismus chinesischer Prägung“ jederzeit pragmatische Abänderungen überholter Dogmen vorzunehmen. Mit der Betonung einer spezifisch auf die chinesische Realität zugeschnittenen Ideologie verbindet sich zugleich eine starke patriotische Emphase auf der chinesischen „Nation“ (*minzu*) (28-mal im Parteitags-Bericht, 3-mal im KP-Parteistatut erwähnt), die zu stärken die KPCh sich zur Mission gemacht hat.

- Das „Anfangsstadium des Sozialismus“ (*shehuizhuyi chujī jieduan*) (3-mal im Parteitags-Bericht, 3-mal im Parteistatut erwähnt): Der Rückgriff auf die zu Beginn der 1980er Jahre unter Deng Xiaoping getroffene Festlegung, dass die VR China sich noch auf lange Zeit im „Anfangsstadium des Sozialismus“ befinde, schafft Raum für vielfältige pragmatische Korrekturen der sozialistischen bzw. kommunistischen Ideologie in ihrer Reinform: Da man sich – noch – in einer frühen Phase des Aufbaus des Sozialismus befinde, so die Logik, könne man auf „bürgerliche“, „kapitalistische“, „markt“- bzw. „privatwirtschaftliche“ etc. Elemente für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung – vorerst – nicht verzichten.
- Der „umfassende Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ (*xiaokang*) (23-mal im Parteitags-Bericht, 3-mal im Parteistatut erwähnt): Wie bereits oben dargestellt, wurde pünktlich mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts die dritte Stufe der von Deng Xiaoping entworfenen dreistufigen Entwicklungsstrategie eingeleitet. Die damit geschaffene „neue Situation“ und der „neue historische Durchbruch“ verlangen per definitionem nach „neuen Wegen“, „neuen Gedankengängen“ und „neuen Ideen“²¹ und öffnen damit gewissermaßen ein *window of opportunity* für ideologische Neuerfindungen. Insbesondere findet die „wichtige Idee“ der „Dreifachen Repräsentation“ hier ihre Legitimation: Wie ein Artikel der Beijing-nahen Hongkonger Zeitschrift *Jingbao* formulierte, ist die „Dreifache Repräsentation“ der „Leitgedanke“ (*zhidao sixiang*) für den „umfassenden Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“.²² Von dieser Notwendigkeit ideologischer Innovation ausgehend, genießt die „Dreifache Repräsentation“ in den Parteidokumenten den Status einer „machtvollen theoretischen Waffe für die Verstärkung und Verbesserung des Parteaufbaus sowie für die Förderung der Selbstvervollkommnung und Entwicklung des Sozialismus in China“, einer „Kristallisation der kollektiven Weisheit der ganzen Partei“, einer „Basis der Standsicherheit der Partei“, eines „Fundaments der Partei an der Macht“ und einer „Kraftquelle unserer Partei“.²³
- Die Betonung der „Produktivkräfte“ (*shengchanli*) (15-mal im Parteitags-Bericht, 7-mal im Parteistatut erwähnt): Die Betonung der Entwicklung der

fortschrittlichen Produktivkräfte, wie sie dem ersten Glied der „Dreifachen Repräsentation“ (s.o.) entspricht, geht mit einer Unterbelichtung der „Produktionsverhältnisse“ einher, also jenem Konzept des Marxismus, das über die Widersprüche zwischen den verschiedenen „Klassen“ entscheidet. Mit der rhetorischen Hervorhebung der „fortschrittlichen Produktivkräfte“ werden somit implizit die Konzepte der „Klasse“, des „Klassenwiderspruchs“, des „Klassenkampfes“ etc. entschärft, stattdessen ist nun konsequent von „sozialen Schichten“ (*shehui jieceng*) die Rede.²⁴ In den Vordergrund rücken pragmatische Zielsetzungen, die der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und damit dem gemeinsamen Interesse aller Bevölkerungsgruppen dienlich sind. Der traditionelle Anspruch der KPCh als Vertreterin der „revolutionären Klassen“ wird so zugunsten einer Selbstverpflichtung als pragmatisch orientierte Regierungspartei aufgegeben. Im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung sind, wie es offiziell heißt, „die grundlegenden Interessen des ganzen Volkes identisch, die verschiedenen konkreten Interessenverhältnisse und inneren Widersprüche können auf dieser Basis reguliert werden“.²⁵

- Die Betonung der „grundlegenden Interessen der überwiegenden Mehrheit des chinesischen Volkes“ (8-mal im Parteitags-Bericht, 1-mal im Parteistatut erwähnt): Das dritte Glied der „Dreifachen Repräsentation“, wonach die KPCh die „grundlegenden Interessen der überwiegenden Mehrheit des chinesischen Volkes“ vertritt, macht diesen Anspruch schließlich explizit: Die KPCh vertritt die gesamte Bevölkerung, zu der die wachsenden Mittel- und Oberschichten ebenso gehören wie die unteren sozialen Schichten, Privatunternehmer ebenso wie die Arbeiter in den verbliebenen Staatsunternehmen, „Kapitalisten“ ebenso wie die „werk tätigen Massen“.

Angesichts dieser flexiblen Aus- und Umdeutungen der marxistisch-leninistischen Dogmatik drängt sich die Frage auf, ob die Ideologie nicht zunehmend zum Hemmschuh für die weitere Modernisierung der KPCh wird. In der Tat kann argumentiert werden, dass ein immer größerer ideologischer Spagat zwischen den revolutionären, anti-kapitalistischen Ursprüngen der Partei und den modernen Aufgaben als „entrepreneurial party“ geschlagen werden muss, ein Spagat, der die KPCh in ihrer Identität früher oder später vor eine Zerreißprobe stellen dürfte. Richtig ist sicherlich, dass die Partei mit ihrer Öffnung für neue wirtschaftliche und soziale Eliten deutlich heterogener wird und eine soziale Pluralisierung erfährt, die es auch ideologisch aufzufangen gilt.²⁶ Allerdings muss dies nicht zwangsläufig in eine ideologische Krise führen, in der die KPCh daran gemessen wird, ob sie ihren Anspruch als „Kommunistische Partei“ noch glaubhaft erfüllt

²⁴Zu diesen Konzepten und Argumentationszusammenhängen s. im Detail Heike Holbig, „Die KPCh öffnet sich für Privatunternehmer. Jiang Zemins theoretischer 'Durchbruch' und die praktischen Konsequenzen“, in: C.a., 2001/7, S.739-762.

²⁵Zitiert aus der deutschen Version des Parteitags-Berichts, *ibid.*, Kapitel II.

²⁶Vgl. zu dieser Argumentation Sebastian Heilmann, „Von der 'Klassenpartei' zur 'Volkspartei'“, *ibid.*

²¹Das Adjektiv „neu“ (*xin*) findet im Parteitags-Bericht übrigens mehr als sechszigmal Verwendung.

²²JB, 2002/12, S.31-33.

²³Zitiert aus der deutschen Version des Parteitags-Berichts, *ibid.*, Kapitel II.

oder nicht. Denn in den Augen der Bevölkerung dürfte nicht die Erfüllung ideologischer Formeln – zu denen man seit langem ein zynisches Verhältnis entwickelt hat – als Kriterium für die Legitimität der Parteiherrschaft im Vordergrund stehen. Ausschlaggebend dürfte vielmehr der wahrgenommene reale Erfolg der KPCh bei der Schaffung wirtschaftlichen Wohlstands und die Einschätzung der jeweils eigenen Chancen sein, an diesem Wohlstand zu partizipieren. Mit anderen Worten lässt sich argumentieren, dass die Legitimität der KPCh – unabhängig von etwaigen ideologischen Widersprüchen und Krisenszenarien – solange gesichert erscheint, wie es gelingt, den unteren Schichten ausreichende soziale Aufstiegsmöglichkeiten zu gewährleisten.²⁷ Dieser Zusammenhang scheint auch der chinesischen Parteiführung durchaus bewusst zu sein, wenn sie inzwischen einiges daran setzt, den Lebensstandard von Bauern und städtischen Arbeitern spürbar zu verbessern.

Politischer Auftrieb für den privaten Wirtschaftssektor: Reine Symbolik oder normative Kraft des Faktischen?

In der internationalen Berichterstattung über den XVI. Parteitag fand die Tatsache weite Beachtung, dass die KPCh sich nunmehr offiziell für, wie es zumeist verkürzt heißt, Privatunternehmer geöffnet hat. Im Parteitags-Bericht Jiang Zemens heißt es dazu ausführlich:

Die in der gesellschaftlichen Umwälzung aufgetretenen Gesellschaftsschichten wie Gründer und Techniker der nicht-staatseigenen wissenschaftlich-technologischen Unternehmen, von Unternehmen mit ausländischem Kapital angestelltes Verwaltungspersonal und technisches Personal, selbstständige Gewerbetreibende, Privatunternehmer, Angestellte von Vermittlungsinstitutionen und Freiberufler sind alle Erbauer der Sache des Sozialismus chinesischer Prägung. Es gilt, sich mit den Leuten aus verschiedenen Gesellschaftsschichten, die zum Blühen und Gedeihen des Vaterlandes beitragen, zusammenzuschließen, ihren Unternehmungsgestirnis anzuregen, ihre legitimen Rechte und Interessen zu schützen, die hervorragenden Elemente unter ihnen auszuzeichnen und danach zu streben, eine Situation zu schaffen, in der alle Bürger nach ihren Fähigkeiten arbeiten, ihre gebührenden Plätze finden und miteinander in Eintracht leben können.²⁸

Entsprechend dieser Passage wurde im Parteistatut der KPCh die bisherige Liste potenzieller Parteimitglieder, nämlich „Arbeiter, Bauer, Armeeangehörige und Intellektuelle“ um „Fortschrittliche aus anderen Gesellschaftsschichten“ (Artikel 1) erweitert.²⁹ Damit dürfte eine zweijährige kontroverse Debatte vorerst zum Abschluss gekommen sein: Nachdem Jiang Zemin seit Beginn des

Jahres 2000 zunächst parteiintern einige ideologische Versuchsballons gestartet hatte,³⁰ hatte er in seiner Ansprache anlässlich des 80. Jahrestags der Gründung der KPCh am 1. Juli 2001 angekündigt, dass die Partei künftig fortschrittliche Vertreter aus den „neuen sozialen Schichten“ in ihre Reihe aufnehmen wolle. Die Ankündigung, die von Parteiideologen mit Hilfe der „Dreifachen Repräsentation“ theoretisch untermauert wurde, rief in konservativen linksgerichteten Kreisen der KPCh heftigen Widerstand hervor. Angesichts der Vorstellung, dass „Kapitalisten“ in Zukunft legitime Mitglieder der Kommunistischen Partei werden sollten, soll eine nennenswerte Zahl älterer Parteimitglieder sogar mit dem Austritt aus der KPCh gedroht haben und ein Teil auch tatsächlich ausgetreten sein.³¹ Mit der Annahme der Revision des Parteistatuts durch das Zentralkomitee der KPCh am 14. November 2002 kann diese parteiinterne ideologische Kontroverse im Wesentlichen als beendet gelten. Zwar dürfte es nach wie vor einige Parteimitglieder geben, die ihre Ressentiments gegen Unternehmer in den eigenen Reihen weiter tragen, doch erscheint die politische Entscheidung, die neue wirtschaftliche Elite in der KPCh willkommen zu heißen, nun nicht mehr reversibel.

Was die realen Auswirkungen dieses Parteitags-Beschlusses angeht, so scheinen allerdings mehrere Bemerkungen bzw. Einschränkungen angebracht. So sollte zunächst klar gestellt werden, dass der Begriff des „Privatunternehmers“ oft missverständlich verwendet wird. Im chinesischen Sprachgebrauch gelten als „Privatunternehmen“ (*siying qiye*) im engen Sinn nur solche Betriebe, die zu über 90% in privater Hand sind und mehr als sieben Personen beschäftigen – in Abgrenzung von den „selbstständig Gewerbetreibenden“ (*geti laodongzhe*, kurz auch *getihu*) mit weniger als sieben Beschäftigten. Von diesen beiden Gruppen, die zusammen als „private Wirtschaft“ (*siying jingji*) bzw. politisch korrekter als „vom Volk betriebene Wirtschaft“ (*minying jingji*) bezeichnet werden, ist ein breites Spektrum an Unternehmen zu unterscheiden, die faktisch ebenfalls von Unternehmern bzw. Managern mit individuell verantworteten Risikoentscheidungen geführt werden, jedoch einer Vielfalt von Eigentumsformen angehören. So fasst der Begriff der nichtöffentlichen Wirtschaft (*fei gongyouzhi jingji*) alle jene Unternehmen zusammen, die nicht in staatlicher Hand sind, nämlich die bereits genannten selbstständig Gewerbetreibenden und Privatunternehmen, aber auch Unternehmen mit Auslandskapital sowie eine große Zahl von Unternehmen mit hybriden Eigentumsformen, unter ihnen viele Aktiengesellschaften mit gemischter staatlicher, kollektiver und privater Beteiligung.³² Tatsächlich dürfte die Klientel, an die die KPCh ihre Willkommensbotschaft richtet, vorrangig in den Unternehmern und Managern großer Aktienunternehmen im hybriden Einkommenssektor zu suchen sein, während die Kooptation von „Privatunternehmern“ im engen Sinn zumindest auf der nationalen Ebene noch für längere Zeit die Ausnahme bleiben dürfte.³³

²⁷Vgl. zu dieser Argumentation Heike Holbig, „The Party and Private Entrepreneurs in the PRC“, in: *Copenhagen Journal of Asian Studies*, Nr.16 (Dezember 2002), S.30-56.

²⁸Zitiert aus der deutschen Version des Parteitags-Berichts, *ibid.*, Kapitel II.

²⁹S. KPCh-Parteistatut im hinteren Teil dieses Heftes.

³⁰Vgl. C.a., 2000/4, Ü 14.

³¹Heike Holbig, „Die KPCh öffnet sich für Privatunternehmer“, *ibid.*; C.a., 2002/7, Ü 13.

³²Heike Holbig, „The Party and Private Entrepreneurs in the PRC“, *ibid.*

³³Vgl. zu dieser Einschätzung FT, 6.11.2002.

Als Einschränkung des innovativen Charakters des jüngsten Parteitagsbeschlusses für die Aufnahme von (privaten) Unternehmern in die KPCh sollte ferner daran erinnert werden, dass Unternehmer aus dem nichtöffentlichen Wirtschaftssektor bereits seit vielen Jahren in der Partei vertreten sind, seien es ehemalige Unternehmer aus Staatsunternehmen, die im Zuge der Reformen in private Hände übergingen, oder Privatunternehmer im engen Sinn, die aufgrund ihres Geschäftserfolgs als lokale Magnaten auf den unteren Verwaltungsebenen – unter stillschweigender Umgehung des früheren Parteistatus – in örtliche Parteikomitees kooptiert wurden. Nach verschiedenen Schätzungen waren bereits vor dem Juli 2001 über 20% der Privatunternehmer KPCh-Mitglieder; bei der Einbeziehung von Unternehmern und Managern aus dem hybriden „nichtöffentlichen“ Einkommenssektor wurden sogar Raten von über 50% genannt.³⁴ Vor diesem Hintergrund erscheint die nunmehr erfolgte offizielle Öffnung der KPCh für (private) Unternehmer bei weitem nicht mehr so spektakulär, wie verschiedene internationale Medienberichte den Eindruck erweckt hatten.

Schließlich ist festzustellen, dass sich trotz einer groß angelegten Kampagne zur Verbesserung des Images prominenter Unternehmer, die in den offiziellen chinesischen Medien anlässlich des XVI. Parteitags gefahren wurde, die Zahl der tatsächlich im politischen Prozess des Parteitags partizipierenden Unternehmer als sehr bescheiden ausnimmt. So ließ sich die Zahl der Unternehmer unter den insgesamt 2.154 Delegierten an ein bis zwei Händen abzählen (verschiedene Quellen sprachen alternativ von vier bis zehn Unternehmensvertretern).³⁵ Im neu gewählten Zentralkomitee sind Unternehmer nur unter den nicht mit Stimmrecht ausgestatteten ZK-Kandidaten zu finden, wenn hier die Zahl auch immerhin bei 15 (davon zwölf neu ins ZK gewählten Unternehmern)³⁶ liegt und damit einen historischen Rekordstand erreicht. Unter diesen 15 Unternehmern sind allerdings nur zwei, die sich dem nichtöffentlichen Unternehmenssektor zurechnen lassen: Der eine ist der bereits im XV. ZK vertretene Tao Jianxing, der Chef der formal im kollektiven Eigentum betriebenen Chunlan-Gruppe, einer Haushaltselektronik-Firma.³⁷ Bei dem anderen handelt es sich um den neu ins ZK gewählten Zhang Ruimin, Chef des Hai'er-Konzerns, der einen ehemaligen Staatsbetrieb seit Mitte der 1980er Jahre zu einem der weltweit führenden Hersteller von Kühlschränken und anderen Haushaltselektronikprodukten empor gebracht hat; der Hai'er-Konzern wird heute als Aktiengesellschaft mit

nach wie vor signifikanter staatlicher Beteiligung geführt. Zhang Ruimin wurde in den vergangenen Jahren in China zum erfolgreichen „Vorzeige-Unternehmer“ getrimmt: in Medieninterviews zeigt er sich gern als patriotischer Verfechter chinesischer Markenprodukte mit Weltruf und betont außerdem regelmäßig, dass er seine beiden Rollen als Unternehmer und als KPCh-Mitglied – er fungiert selbst als Parteisekretär seines Unternehmens – für miteinander ohne Weiteres vereinbar hält.³⁸

Viele ausländische Kommentatoren zeigen sich skeptisch, ob es Unternehmern aus dem nichtöffentlichen Wirtschaftssektor in absehbarer Zeit gelingen wird, in politisch verantwortliche Ämter in Partei und Regierung auf zentraler Ebene aufzusteigen.³⁹ Günstiger mag sich die Situation auf Provinz- und auf lokaler Ebene darstellen, wo der Anteil an Unternehmern in den Parteigremien höher ist und die Übernahme politischer Ämter durch Unternehmer aufgrund der ohnehin oft engen Verflechtung zwischen Wirtschaft und Verwaltungen ohnehin näher liegt. Es bleibt abzuwarten, ob die verstärkte Kooptation von Unternehmern in die politische Elite zu einer effektiven Verbesserung der politischen Interessenvertretung privater Wirtschaftskreise führen wird. Tatsächlich sind auf der lokalen Ebene oft schon seit vielen Jahren Unternehmerverbände und Handelskammern aktiv darum bemüht gewesen, das Umfeld für die private Wirtschaft zu verbessern – der Erfolg hing dabei meist von der Bereitschaft der örtlichen Partei- und Regierungsorgane ab, diesen Bemühungen Gehör zu schenken.⁴⁰ Vor diesem Hintergrund dürfte sich der jüngste Parteitagsbeschluss über die offizielle Aufnahme von Unternehmern in die KPCh vor allem auf die politischen Entscheidungsprozesse auf den höheren Verwaltungsebenen auswirken – vorausgesetzt, dass zukünftig tatsächlich mehr Unternehmer in verantwortungsvolle politische Ämter gelangen.

Ob die Aufnahme von privaten Unternehmern, wie einige Kommentatoren erwarten, innerhalb der KPCh zwangsläufig sozialen und politischen Sprengstoff erzeugen wird, ist fraglich. In sozialer Hinsicht ist zum einen zu sehen, dass Kandidaten für die Parteimitgliedschaft einen langwierigen Selektionsprozess durchlaufen, in dessen Verlauf sie eine intensive Sozialisierung zu „tauglichen“ KP-Mitgliedern erfahren. Gerade für Unternehmer dürften die Anforderungen an soziale Kompetenzen besonders hoch sein; prädestiniert für eine Parteimitgliedschaft scheinen zudem solche Unternehmer, die bereits einschlägige soziale Erfahrungen durch repräsentative Funktionen in Volkskongressen, Politischen Konsultativkonferenzen und halbstaatlichen Wirtschaftsverbänden besitzen. Zum anderen erscheint das soziale Konfliktpotenzial zwischen Vertretern der „unteren Schichten“ und den Geschäftseliten dadurch gemindert, dass eine ausgeprägte Geschäftskultur besteht, in der unternehmerischer Erfolg als gesellschaftlich durchaus anerkannt gilt. Vorurteile gegen „Kapitalisten“ sind in erster Linie ideologisch konstituiert,

³⁴Heike Holbig, „Die KPCh öffnet sich für Privatunternehmer“, *ibid.*; Heike Holbig, „The Party and Private Entrepreneurs in the PRC“, *ibid.*

³⁵SCMP, 5., 18.11.2002; *Ming Pao* (Hongkong), 6.11.2002, nach FBIS, 6.11.2002; ST, 12., 14.11.2002; AWSJ, 25.11.2002.

³⁶Bei den zwölf Unternehmensvertretern, die neu zu ZK-Kandidaten gewählt worden sind, handelt es sich um Ma Zhigeng, Präsident der China Ordinance Group Corporation; Li Changyin, Präsident der China Shipbuilding and Heavy Industry Group Corporation; Zhu Yanfeng, General manager der China First Automobile Works Group Corporation; Xi Guohua, Präsident der China Netcom; Guo Shengkun, Präsident der Aluminium Corporation of China; Lin Zuoming, Präsident der Liming Aviation Development Group; Wang Mingquan, Präsident der Everbright Bank; Shi Dahua, Parteisekretär der China Railway Engineering Corporation; Su Shulin, Vizepräsident der PetroChina Company Ltd sowie Zhang Ruimin, CEO der Hai'er Group; *Wen Wei Po*, 19.11.2002, nach FBIS, 19.11.2002.

³⁷*Ibid.*

³⁸Zhang Ruimin, „Hai'er: Dangyuan laoban bu maodun“, in: *Yeguanguang Xinwen*, 5.7.2001, unter http://news.1chinastar.com/news.shtml?1_fanti&a=express&p=1081115 (Aufruf am 24.5.2002); *Xinhua*, 14.11.2002, nach BBC EF, 15.11.2002; ST, 14.11.2002; SCMP, 15., 18.11.2002; AWSJ, 25.11.2002; JB, 2002/12, S.41.

³⁹FT, 6.11.2002; WSJ, 8.11.2002; ST, 12.11.2002; Hong Kong AFP, 14.11.2002; SCMP, 18.11.2002.

⁴⁰Vgl. C.a., 1998/3, Ü 18, 2000/8, S.950-952.

während sie in der Alltagskultur – abgesehen von denjenigen, die dem neuchinesischen Manchester-Kapitalismus zum Opfer fallen – zunehmend im Schwinden begriffen sind. Auch in politischer Hinsicht scheint die Sprengkraft der Inklusion „kapitalistischer“ Elemente in die KPCh keineswegs erwiesen. So gibt es bisher kaum Anzeichen, dass von privaten Wirtschaftsvertretern nennenswerte Anstöße etwa für die zivilgesellschaftliche Selbstbehauptung eines „bürgerlichen“ Mittelstandes oder gar für eine Pluralisierung bzw. Demokratisierung des politischen Systems ausgingen. Wenn auch nicht auszuschließen ist, dass Privatwirtschaftsvertreter sich in der KPCh künftig verstärkt kollektiv für eine spezifische Mittelstandspolitik einsetzen werden, so scheint der Weg zu einer Unternehmer-Initiative für politische Reformen doch noch sehr weit.

Trotz all dieser partikularen Einschränkungen sollte dennoch die grundlegende politische Signifikanz nicht unterschätzt werden, die von den Signalen des XVI. Parteitags für eine Aufwertung des privaten Wirtschaftssektors ausgeht. So fand Jiang Zemin in seinem Bericht durchaus verbindliche Worte, um den legitimen politischen Status und die nötige rechtliche Absicherung der privaten Unternehmerschaft zu begründen:

Arbeit, Wissen, Fachkräfte und schöpferische Tätigkeiten müssen respektiert werden. Das muss als eine wichtige Richtlinie der Partei und des Staates in der ganzen Gesellschaft gewissenhaft umgesetzt werden. Alle Arbeit, die für das Volk und die Gesellschaft nützlich ist, muss respektiert und geschützt werden. Egal, ob es sich um körperliche oder geistige, einfache oder komplizierte Arbeit handelt, alle Arbeit, die zur sozialistischen Modernisierung Chinas beiträgt, ist ehrenvoll und muss anerkannt und respektiert werden.

Die Unternehmungstätigkeiten verschiedenartiger in- und ausländischer Investoren im Aufbau Chinas sollen gefördert werden. Alle legitimen Arbeitseinkommen und alle legitimen Nichtarbeitseinkommen sind zu schützen. Man soll die politische Fortschrittlichkeit oder Rückständigkeit von Menschen nicht einfach danach beurteilen, ob sie Eigentum haben und wie viel sie haben, sondern hauptsächlich nach ihrem ideologischen und politischen Denken, ihrem wirklichen Verhalten sowie danach, wie sie sich das Eigentum erworben haben, wie sie darüber verfügen und es verwenden, und nach ihren Beiträgen, die sie mit ihrer eigenen Arbeit zur Sache des Sozialismus chinesischer Prägung leisten.

Es müssen Ideen und Unternehmungsmechanismen, die dem grundlegenden Wirtschaftssystem im Anfangsstadium des Sozialismus entsprechen, gebildet und eine gesellschaftliche Atmosphäre muss geschaffen werden, in der man zur Unternehmung ermutigt und dabei unterstützt wird, seine Unternehmung zu vollbringen. Man soll es ermöglichen, dass die Vitalität von Arbeit, Wissen, Technologien, Management und Kapital wetteifernd ausstrahlt und alle Schöpfungsquellen des gesellschaftlichen Reichtums völlig hervorsprudeln, um dem Volk Glück zu bringen.⁴¹

Wie in dieser Passage zum Ausdruck kommt, wird die frühere Verurteilung der privaten Unternehmerschaft als „kapitalistische Ausbeuterklasse“, wie sie der marxistisch-leninistischen Ideologie entsprach, vollständig zurückgenommen. Unternehmerische und Managementtätigkeiten

werden als legitime Form der Arbeit anerkannt – eine tief greifende Revision des marxistischen Konzepts des Werts der Arbeit, der ausschließlich auf physische Arbeitsleistung beschränkt war, während jegliche unternehmerische Leistung als nicht produktiv und damit ausbeuterisch galt.⁴² Auch der Besitz von Vermögen, im Marxismus Ausdruck von angehäuften Mehrwert aus der Arbeit anderer, gilt an sich als nicht länger verwerflich. Unternehmer werden als ehrenvolle, gesellschaftlich respektierte Eliten rehabilitiert – solange jedenfalls, wie sie zur „sozialistischen Modernisierung“ des Landes beitragen.

Die psychosoziale Wirkung dieser Botschaft sollte nicht unterschätzt werden. Private Unternehmer werden verbindlich von der traditionellen negativen Einordnung als „Klassenfeinde“ entbunden: latent immer noch bestehende Befürchtungen vor einem abrupten politischen „Klimawandel“ und möglicher politischer Verfolgung dürften damit ein Ende finden. Wie von Unternehmerverbänden immer wieder zu hören, waren derartige Befürchtungen in den vergangenen Jahren dafür verantwortlich, dass Privatunternehmer ihre Gewinne ins Ausland verbracht und sich mit Investitionen in China deutlich zurückgehalten hätten.⁴³

Von praktischer Bedeutung für den privaten Wirtschaftssektor erscheint aber vor allem die Zusicherung des XVI. Parteitags, wonach der rechtliche Schutz von privatem Eigentum verbessert werden soll. Diese Zusicherung rechtlicher Absicherung ist in ein umfassendes Maßnahmenpektrum zur Förderung der nichtöffentlichen Wirtschaft eingebettet, die die parteistaatliche Führung in Zukunft „gemeinsam“ und „im Einklang“ mit dem staatlichen Wirtschaftssektor (dem freilich nach wie vor eine „dominierende Position“ zugewiesen wird) entwickeln will. Konkret wurden im Parteitags-Bericht die folgenden Fördermaßnahmen benannt, die insgesamt darauf abzielen, faire Wettbewerbsbedingungen für die private Wirtschaft herzustellen:

Die wichtige Rolle der Einzel- und der Privatwirtschaft sowie der anderen nichtgemeineigenen [nichtöffentlichen] Wirtschaften bei der Förderung des Wirtschaftswachstums, der Schaffung von mehr Beschäftigungsmöglichkeiten und der Belebung des Marktes ist voll zur Geltung zu bringen. Man soll die Bereiche, in denen der Marktzugang für das inländische private Kapital zulässig ist, erweitern und hinsichtlich der Investition und Finanzierung, der Steuer, der Bodennutzung und des Außenhandels Maßnahmen ergreifen, um eine faire Konkurrenz zu verwirklichen. Die Kontrolle und die Verwaltung müssen nach dem Gesetz gestärkt werden, um die gesunde Entwicklung der nichtgemeineigenen Wirtschaften zu fördern. Das Rechtssystem zum Schutz des privaten Eigentums ist zu vervollständigen.⁴⁴

Während die Zusicherung eines verbesserten rechtlichen Schutzes von privatem Eigentum hier relativ vage bleibt, weisen Medienberichte, die seit dem XVI. Partei-

⁴² „Labour Theory of value reassessed“, in: Xinhua, 12.11.2002, nach BBC EF, 14.11.2002.

⁴³ So etwa SCMP, 2., 6., 20.7.2001; IHT, 2.7.2001; NZZ, 21.7.2001; *The Economist*, 11.8.2001, S.45/46.

⁴⁴ Zitiert nach der deutschen Version des Parteitags-Berichts, *ibid.*, Kapitel IV.

⁴¹ Zitiert aus der deutschen Version des Parteitags-Berichts, *ibid.*, Kapitel II.

tag in der chinesischen Presse erschienen sind, auf durchaus konkrete Schritte in diesem Bereich hin. So wurde am Wortlaut der gegenwärtig gültigen Verfassung kritisiert, dass er zwar verschiedene staatlich zu schützende Eigentumsformen auflistet („Der Staat schützt das Recht der Bürger auf Eigentum an ihren legal erworbenen Einkommen, Ersparnissen, Häusern und anderen legalen Vermögen.“, Art. 13 der Verfassung von 1982) im Hinblick auf Produktionsmittel und Vermögen aus dem Betrieb privater Unternehmen aber ambivalent bleibe. Um dieses Defizit zu beheben, wurde daher vorgeschlagen, entweder Produktionsmittel und Unternehmensvermögen in privater Hand explizit mit in die Liste staatlich zu schützender Eigentumsformen aufzunehmen oder die bisherige Auflistung einzelner Eigentumsformen durch eine allgemein gültige Klausel über den Schutz privaten Eigentums zu ersetzen. Für eine entsprechende Änderung der Verfassung, die durch den Nationalen Volkskongress gebilligt werden muss, wurde in verschiedenen Artikeln das Jahr 2004 anvisiert – ein durchaus überschaubarer Zeitraum.⁴⁵

Alternativ bzw. in Ergänzung dazu wurde auch vorgeschlagen, im Bereich des Zivilrechts ein spezielles Gesetz zum Schutz privaten Eigentums zu erarbeiten. So äußerte Gu Angran, der Leiter des Rechtsausschusses beim Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses, dass man in Reaktion auf die Ankündigungen des XVI. Parteitags bereits damit begonnen habe, ein Gesetz auszuarbeiten, das gezielt privates und anderes nichtöffentliches Eigentum unter staatlichen Schutz stellen solle. Konkret solle das Gesetz den Schutz von persönlichen Sparguthaben, Investitionen sowie aus Investitionen getätigte Gewinne umfassen. Entsprechende Regelungen seien von großer Bedeutung für die gemeinsame Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftssektoren und damit für die weitere Stimulierung gesellschaftlichen Wohlstands.⁴⁶

Derartige Gesetzgebungspläne zeigen die normative Kraft des Faktischen auf, die die Entwicklungsdynamik des privaten Wirtschaftssektors inzwischen entfaltet hat: Die parteistaatliche Führung hat inzwischen verstanden, dass sie gut daran tut, die ideologischen, politischen und gesetzlichen Schranken zu beseitigen, die die Privatwirtschaft bislang darin behindert haben, ihre Rolle als wirtschaftlicher Wachstums- und Beschäftigungsmotor in vollem Maße zu entfalten.

Signale für politische Reformen: Neue Konzepte und ihre Umsetzungschancen

Neben der Aufwertung des privaten Wirtschaftssektors wurde auf dem XVI. Parteitag eine weitere parteipolitische Weichenstellung vollzogen, die potenziell durchaus zu Veränderungen des politischen Systems der VR China führen könnte. So widmete sich ein eigenes Kapitel des Parteitags-Berichts, das länger ausfiel als ein entsprechendes Kapitel vor fünf Jahren, ausführlich der „Reform

der politischen Strukturen“ (*zhengzhi tizhi gaige*).⁴⁷ Dieses enthält eine Reihe erst in den jüngsten Monaten geprägter, wenn auch zunächst wenig greifbarer Formeln, die auf eine grundsätzliche Bereitschaft der Parteispitze hinweisen, Modifikationen des politischen Systems vorzunehmen, um die Effizienz und Legitimität der parteistaatlichen Führung zu verbessern. Zwar lässt sich argumentieren, dass sämtliche Reformvorschläge – teilweise explizit – unter der Prämisse eines Erhalts des Machtmonopols der KPCh verbleiben und damit keine substanziellen Änderungen des politischen Systems bewirken werden. Dennoch lässt sich dem diskursiven Gewicht, das dem Thema im Vergleich zu den Vorjahren eingeräumt wird, eine signifikante Akzentverschiebung zugunsten politischer Reformen entnehmen, die für die kommenden Jahre ein beträchtliches Potenzial für Reformschritte innerhalb des bestehenden parteistaatlichen Systems bergen könnte.

Diese Akzentverschiebung lässt sich insbesondere an zwei zentralen Begriffen festmachen. Zum einen ist die Rede vom Aufbau einer „sozialistischen politischen Zivilisation“ (*shehuizhuyi zhengzhi wenming*) (2-mal im Parteitags-Bericht, 2-mal im Parteistatut erwähnt). Wie ein Politikwissenschaftler der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften im Vorfeld des Parteitags äußerte, bestünde ein Vorteil dieser – bewusst vagen – Wortwahl darin, dass sie nicht durch idealtypische Vorstellungen eines politischen Systems westlichen Zuschnitts vorbelastet sei und sich somit als neutrales Konzept für eine an den spezifischen Bedingungen Chinas orientierte Gestaltung des politischen Systems eigne.⁴⁸ Die an sich wenig aussagekräftige Formel wird verständlicher, wenn man sie in den konkreten Kontext des Parteitags-Berichts anderer „Zivilisationen“ stellt: Wurde bisher im Parteijargon nur zwischen „(sozialistischer) materieller Zivilisation“ und „(sozialistischer) geistiger Zivilisation“ unterschieden, so wird nun gefordert, „die koordinierte Entwicklung der sozialistischen materiellen Zivilisation, der sozialistischen politischen Zivilisation und der sozialistischen geistigen Zivilisation kontinuierlich zu fördern“. Neben die bisherigen Anstrengungen auf sozioökonomischem („materiellem“) und kulturell-ideologischem („geistigem“) Gebiet sollen mit anderen Worten Anstrengungen auf politischem Gebiet gleichberechtigt hinzutreten. Ansatzweise dürfte sich hinter dieser Aufwertung der „sozialistischen politischen Zivilisation“ durchaus ein Eingeständnis verbergen, dass eine bloße Verfolgung wirtschaftlicher Reformen ohne entsprechende Reformen des politischen Systems in eine zunehmend prekäre Situation führt – dies legen zumindest Ausschnitte aus der parteitheoretischen Debatte der vergangenen Monate nahe.⁴⁹

Der andere zentrale Begriff ist der der „sozialistischen demokratischen Politik“ (*shehuizhuyi minzhu zhengzhi*) (10-mal im Parteitags-Bericht, 2-mal im Parteistatut er-

⁴⁷Kapitel V des Parteitags-Berichts.

⁴⁸„CASS Political Scientist Views China's Own Definition of Democracy“, in: *Ta Kung Pao*, 11.9.2002, nach FBIS, 11.9.2002.

⁴⁹Vgl. etwa *ibid.*; „Party School Director Expects New Plans for Political Reform at CPC Congress“, in: *Ta Kung Pao*, 4.9.2002, nach FBIS, 4.9.2002; Hou Shaowen, „A Panoramic View of Political Structural Reform“, in: *Liaowang*, Nr.43 (28.10.2002), S.6-8; „Party School: Build up credible government“, in: *China Daily*, 21.11.2002; „New Ideas, Reform in 16th Party Congress Report Outlined“, in: *Hsin Pao* (Hongkong), 29.11.2002, nach FBIS, 29.11.2002.

⁴⁵S. RMRB online, 12.11.2002, nach BBC PF, 13.11.2002; *Wen Wei Po*, 16., 17., 25.11.2002, nach FBIS, 16., 17., 25.11.2002.

⁴⁶XNA, 24.12.2002; vgl. auch AWSJ, 23.12.2002.

wähnt), der, wie übrigens auch der Begriff der „sozialistischen politischen Zivilisation“ in einer „wichtigen Rede“ Jiang Zemins vor der Zentralen Parteischule am 31. Mai 2002 geprägt worden war.⁵⁰ Auch im Chinesischen kommt dieser Begriff, auch verkürzt verwendet als „sozialistische Demokratie“ (*shehuizhuyi minzhu*), dem Begriff der „Sozialdemokratie“ (*shehui minzhu*) sehr nahe. So weit bekannt ist, hatten in den vergangenen Jahren Theoretiker der Zentralen Parteischule auf die Initiative ihres Präsidenten Hu Jintao das westeuropäische Modell der Sozialdemokratie erforscht, weil man sich darin ein mögliches Vorbild für die zukünftige Entwicklung der KPCh versprochen hatte.⁵¹ Zwar hat Jiang Zemin Unterstellungen zurückgewiesen, die KPCh könnte sich in absehbarer Zukunft in „sozialdemokratische Partei Chinas“ umbenennen, doch weist die Wortwahl der „sozialistischen Demokratie“ in Verbindung mit der jüngsten Öffnung der KPCh für die neuen Mittelschichten in eine solche Richtung.

Um einen Eindruck von der Rhetorik der Parteitage dokumente zu vermitteln, seien hier einige einschlägige Passagen zitiert. So heißt es etwa im Parteitage-Bericht:

Die sozialistische demokratische Politik zu entwickeln und die sozialistische politische Zivilisation aufzubauen, sind wichtige Ziele für den umfassenden Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand. Es gilt, unter der Voraussetzung des Festhaltens an den „Vier Grundprinzipien“ die Reform der politischen Struktur weiter aktiv und sicheren Schrittes voranzutreiben, die sozialistische Demokratie auszubauen, die sozialistische Rechtsordnung zu vervollständigen, einen sozialistischen Rechtsstaat aufzubauen und die politische Situation, die durch Demokratie, Einheit, Vitalität, Stabilität und Harmonie gekennzeichnet ist, zu konsolidieren und zu entwickeln.⁵²

Auffällig ist hier die Betonung der Aufrechterhaltung der in den 1980er Jahren unter Deng Xiaoping formulierten „Vier Grundprinzipien“ (Festhalten am sozialistischen Weg, an der Diktatur des Proletariats, an der Führung der kommunistischen Partei sowie am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen), durch die das Machtmonopol der KPCh auch für die Zukunft eindeutig festgeschrieben wird. Eine ebenso klare Sprache spricht die explizite Weigerung, „[...] das Modell des politischen Systems des Westens kritiklos zu übernehmen“.⁵³ Im Rahmen dieser Vorgaben werden im Anschluss allerdings ausführliche Vorschläge für politische Reformschritte gemacht, die sich unter den folgenden Stichworten zusammenfassen lassen:

1. Verbesserung der „sozialistischen Demokratie“ (u.a. Erweiterung der „geordneten Beteiligung der Bürger an politischen Angelegenheiten“, Ausbau des Volkskongress-Systems, der Zusammenarbeit mit den „demokratischen Parteien“ und der politischen Konsultation, der regionalen Autonomie und der Selbstverwaltungsorgane auf den unteren administrativen Ebenen);
2. Aufbau der „sozialistischen Rechtsordnung“ (angepasst wird die Vervollkommnung eines „sozialistischen

Rechtssystems chinesischer Prägung“ bis zum Jahr 2010;

3. Reform des „Führungs- und Regierungsstils der Partei“ (u.a. klarere Regelungen zu den institutionellen Beziehungen zwischen KPCh, Volkskongressen, Politischen Konsultativkonferenzen und Massenorganisationen);
4. „Verwissenschaftlichung und Demokratisierung“ des politischen Entscheidungsprozesses (u.a. stärkere Institutionalisierung von Politikberatung);
5. Vertiefung der Reform der Verwaltungsstrukturen (u.a. klarere Regelung der Beziehungen zwischen Zentral- und Lokalregierungen);
6. Reform des Justizsystems;
7. Vertiefung der Reform des Kadernsystems (u.a. klarere Regelung der Zuständigkeiten von Partei und Regierung);
8. Stärkung von Mechanismen zur „Kontrolle und Überwachung“ der parteistaatlichen Machtausübung (u.a. Stärkung des Disziplinarkontrollsystems der Partei);
9. Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Stabilität (dazu v.a. Forderungen nach einer Stärkung des Justizwesens und der öffentlichen Sicherheit).⁵⁴

Eine Quintessenz dieser Maßnahmen bietet auch das revidierte Parteistatut der KPCh – die Tatsache, dass die anvisierten politischen Reformvorschläge Eingang auch in dieses wichtige Dokument gefunden haben, weist auf eine erhöhte parteipolitische Verbindlichkeit dieser Vorschläge hin:

Die Kommunistische Partei Chinas führt das Volk, die sozialistische demokratische Politik zu entwickeln und die sozialistische politische Zivilisation aufzubauen. Wir müssen daran festhalten, die sozialistische Demokratie auszubauen, die sozialistische Rechtsordnung zu vervollständigen, das Land nach dem Gesetz zu regieren, einen sozialistischen Rechtsstaat aufzubauen und die demokratische Diktatur des Volkes zu konsolidieren. Das Volkskongress-System und das System der Mehrparteien-Kooperation und der politischen Konsultation unter Führung der Kommunistischen Partei sollen fortgeführt werden. Das Volk soll aktiv dabei unterstützt werden, als Herr des Staates zu fungieren, und sein Recht auf die Regelung der staatlichen und der sozialen Angelegenheiten sowie auf die Verwaltung der Wirtschaft und des Kulturwesens ist effektiv zu schützen. Wir müssen freie Meinungsäußerung fördern und Systeme und Verfahren für demokratische Entscheidungsfindung und Kontrolle etablieren bzw. vervollständigen. Die Gesetzgebung und Gesetzesdurchführung des Staates sollen intensiviert werden, damit alle Arbeit des Staates schrittweise ins gesetzliche Gleis gebracht wird.⁵⁵

Angesichts dieser in weiten Teilen sehr hölzernen Rhetorik stellt sich die Frage, ob die zahlreichen Reformvorschläge nicht wie viele ihrer Vorgänger dazu verurteilt sind, innerhalb kurzer Zeit zu bloßen Worthülsen zu erstarrten, die keinen Bezug zur Realität mehr aufweisen bzw. beanspruchen – oder ob nicht doch im einen oder anderen Bereich Chancen für eine Umsetzung bestehen. Tat-

⁵⁰C.a., 2002/6, Ü 10.

⁵¹Vgl. etwa Zhang Yuanbo, *ibid.*

⁵²Zitiert aus der deutschen Version des Parteitage-Berichts, *ibid.*, Kapitel V.

⁵³*Ibid.*

⁵⁴Paraphrasiert aus dem Parteitage-Bericht, *ibid.*

⁵⁵Zitiert aus der deutschen Version des revidierten Parteistatuts der KPCh, *ibid.*

sächlich dürften die realen Umsetzungschancen für politische Reformen in den kommenden Jahren davon abhängen, inwieweit die neue Führungsgeneration zur kreativen Ausdeutung der vorgegebenen Reformrhetorik gewillt und in der Lage ist.

Generell scheinen die Voraussetzungen für eine Inangriffnahme politischer Reformen durch die Vertreter der vierten Führungsgeneration relativ gut. Im Vergleich zu den Mitgliedern der dritten Führungsgeneration sind sie den konservativ revolutionären Werten der Parteiveteranen nicht mehr in so hohem Maße verpflichtet. Ein konkreter Faktor mag auch sein, dass sie persönlich nicht direkt in die Niederschlagung der Demokratiebewegung im Frühsommer 1989 involviert gewesen sind; anders als ihre Vorgänger, die im Interesse ihrer eigenen beruflichen Karriere eine Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels bislang verweigert haben, könnten sie eine Neubewertung der Ereignisse von 1989 einleiten und damit neue Anstöße für die Diskussion über die politische Verfassung der VR China geben. Schließlich haben einige von ihnen im Umgang mit der bestehenden Parteideologie beträchtliche Flexibilität bewiesen.⁵⁶ So setzten sich, wie bereits erwähnt, Theoretiker der Zentralen Parteischule unter Hu Jintaos Initiative mit dem sozialdemokratischen Modell Westeuropas auseinander. Zeng Qinghong, der angeblich einer der geistigen Väter der „Dreifachen Repräsentation“ ist, verbindet parteiinternen Informationen zu Folge konservative mit liberalen Einstellungen und gilt unorthodoxen Ansätzen gegenüber als aufgeschlossen.⁵⁷

Die Präferenzen der neuen Führungsgeneration scheinen dabei in erster Linie im Bereich parteiinterner Reformmaßnahmen zu liegen. Aus dem Parteitags-Bericht, der die demokratische Partizipation der Bürger, die Stärkung der Volkskongresse und der politischen Konsultation mit den „demokratischen Parteien“ und Massenorganisationen, den Ausbau rechtsstaatlicher Institutionen und die Reform des Kadersystems rhetorisch gleichermaßen ins Visier nimmt, geht dieser Schwerpunkt parteiinterner Reformen nicht eindeutig hervor. So weit aber aus der parteitheoretischen Diskussion der vergangenen Jahre bekannt ist, richtet sich die Aufmerksamkeit vor allem auf vielfältige Vorstellungen zur Stärkung der „innerparteilichen Demokratie“ (*dangnei minzhu*), der auch im geänderten Parteistatut der KPCh Verwendung findet.⁵⁸ Im Vordergrund steht dabei das Bestreben, effektivere Mechanismen zur Kontrolle der Parteikader zu finden und so die verbreiteten Missstände der Amtswillkür und der Korruption einzudämmen, die zunehmend als Existenzbedrohung für die KPCh betrachtet werden.⁵⁹

Um die politische Verantwortlichkeit insbesondere von führenden Parteikadern zu stärken, wurden bereits seit längerem verschiedene Maßnahmen diskutiert, die sämtlich auf eine Pluralisierung und stärkere Institutionalisierung parteiinterner Abstimmungsverfahren abzielen. So sollen in Zukunft auf allen administrativen Ebenen die Wahlen zu den jeweiligen Parteikongressen und Parteikomitees als Konkurrenzahlen durchgeführt werden, d.h., mit mehr Bewerbern als zu wählenden Personen. In einigen Provinzen sind solche Konkurrenzahlen inzwischen bereits eingeführt worden – im Vorfeld zum XVI. Parteitag kam der Provinz Guangdong in dieser Hinsicht eine nationale Vorreiterrolle zu.⁶⁰ Auch bei den Wahlen zum XVI. Zentralkomitee gab es einen vorab bestimmten Bewerberüberschuss, der im Verlauf des Selektionsprozesses allerdings auf nurmehr 5% der Gesamtzahl der zu Wählenden schrumpfte.⁶¹ Bemerkenswert erscheint aber vor allem die Tatsache, dass das revidierte Parteistatut nunmehr grundsätzlich einen Bewerberüberschuss vorschreibt. So heißt es in Artikel 11:

Die Wahl von Delegierten zu den Parteitag aller Ebenen und von Mitgliedern der Parteikomitees aller Ebenen soll den Willen der Wähler zum Ausdruck bringen. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel ohne Namensnennung des Wählers. Die Wahlliste der Kandidaten soll von den Parteiorganisationen und den Wählern durchgesprochen werden. Es kann eine formelle Direktwahl erfolgen, wobei mehr Kandidaten als die zu Wählenden stehen. Oder es kann auch eine Vorwahl, bei der die Zahl der Kandidaten größer als die der zu Wählenden ist, stattfinden, damit man eine Liste von Kandidaten entwerfen kann, um anschließend eine formelle Wahl durchzuführen. Die Wähler haben das Recht, sich über die Kandidaten zu informieren, die Auswechslung von Kandidaten zu verlangen oder einen Kandidaten zum Vorteil eines anderen abzulehnen. Keiner Organisation oder Einzelperson ist erlaubt, Wähler auf irgendeine Art zu zwingen, einen bestimmten Kandidaten zu wählen oder nicht zu wählen.⁶²

Weitere gegenwärtig diskutierte Vorschläge zur innerparteilichen Demokratisierung aus den vergangenen Monaten bestehen etwa darin,

- Parteikongresse auf Provinzebene nicht mehr nur alle fünf Jahre, sondern künftig einmal jährlich abzuhalten;
- die Nominierung von Mitgliedern der Provinzparteikomitees von der Zustimmung einer Mehrheit in den Provinzparteikongressen abhängig zu machen;
- die Mitglieder der Provinzparteikomitees auf die Übernahme bestimmter fachlicher Ressorts zu verpflichten, um sie transparenteren Beurteilungsstandards unterziehen zu können.⁶³

⁵⁶Vgl. zu diesen Argumenten Richard Baum, „To Reform or to Muddle Through?: The Challenges Facing China's Fourth Generation“, in: Gang Lin & Susan Shirk (Hg.), *The 15th CCP Congress and Leadership Transition in China*, Asia Program Special Report, Nr.105 (September 2002), S.39-44.

⁵⁷S. Andrew J. Nathan, Bruce Gilley, „China's New Rulers: 1. The Parth to Power“, „China's New Rulers: 2. What They Want“, in: *The New York Review of Books*, Vol.49, Nr. 13, 14 (26.9., 10.10.2002), S.12-15, 28-32; vgl. auch Heike Holbig, Teil I dieses Beitrags, *ibid.*, S.1270; C.a., 2002/9, Ü 9.

⁵⁸S. KPCh-Parteistatut im hinteren Teil dieses Heftes, „Allgemeines Programm“; vgl. auch Cheng Li, „Jiang's Last Card: Empowering the National Party Congress“, in: Lin & Shirk (Hg.), *ibid.*, S.15-19, insbes. S.17.

⁵⁹SCMP, 30.9.2002; vgl. etwa auch Wu Jinglian, „Curb Corrup-

tion by Perfecting Democratic Legal System“, in: *Ta Kung Pao*, 26.10.2002, nach FBIS, 26.10.2002.

⁶⁰C.a., 2002/5, Ü 7.

⁶¹Heike Holbig, Teil I dieses Beitrags, *ibid.*, S.1264-1265.

⁶²Zitiert nach der deutschen Version des geänderten KPCh-Parteistatuts, s. hinterer Teil dieses Heftes.

⁶³SCMP, 30.9.2002.

Wenn solche ausschließlich auf die Mitglieder der KPCh begrenzten Abstimmungsverfahren auch weit von einer freien Konkurrenzwahl westlicher Demokratien entfernt sind, so erlauben sie doch ein Mindestmaß an parteiinterner „demokratischer“ Kontrolle über die Besetzung politischer Ämter – zumindest besteht damit die Möglichkeit, besonders korrupte, inkompetente oder schlicht amtsmüde Kandidaten „auszusieben“ bzw. abzuwählen. Dadurch steigt der Druck insbesondere auf Führungskader, politisch verantwortlich zu handeln.⁶⁴ Aber auch über diese negativ bestimmte Zielrichtung einer Eindämmung von Missständen wie Korruption und Amtsmissbrauch unter Parteikadern hinaus könnten die vorgesehenen Maßnahmen zur parteiinternen Demokratisierung die Legitimität der KPCh in positiver Weise verbessern: Sollte die KPCh ihr Vorhaben wahr machen, Angehörige der neuen Mittel- und Oberschichten in größerer Zahl in ihre Reihen aufzunehmen, so kämen auch diese in die Lage, im Rahmen einer gestärkten innerparteilichen Demokratie an den politischen Abstimmungsprozessen zu partizipieren. Wenn auch nicht als das ursprüngliche Ziel anvisiert, so könnte sich gewissermaßen als Nebeneffekt in absehbarer Zukunft durchaus eine Pluralisierung der in der KPCh als „Volkspartei“ vertretenen sozialen und politischen Interessen und damit insgesamt eine verbesserte Legitimität der Partei herrschaft einstellen.

Es bleibt abzuwarten, welche der genannten Reformvorschläge von der neuen Führung wann und mit welcher Intensität verfolgt werden. Seit dem Ende des XVI. Parteitags Mitte November hat die neue Führungsspitze bereits einige vielversprechende Signale für eine Aufnahme politischer Reformschritte ausgesandt. So hat Hu Jintao in einer „wichtigen Rede“ anlässlich des 20. Jahrestags der Verabschiedung der geltenden Verfassung Anfang Dezember 2002 die hohe Bedeutung der Verfassung betont. Sie besitze eine über allen Einzelinteressen stehende Autorität und sei von allen ethnischen Gruppen, Staats- und Armeeorganen, politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen als fundamentale Norm zu befolgen; keine Organisation und kein Individuum besäßen spezielle Vorrechte, die es gestatten würden, sich über Verfassung und Gesetze hinwegzusetzen. Im Gefolge des XVI. Parteitags, der ein „wichtiges neues Verständnis“ bezüglich der Entwicklung einer „sozialistischen demokratischen Politik“ und einer „sozialistischen politischen Zivilisation“ gebracht habe, gelte es insbesondere, neben den Wirtschaftsreformen auch die politischen und rechtsstaatlichen Reformen voranzutreiben. Der umfassenden und getreuen Umsetzung der Verfassung und der Gesetze komme dabei höchste Priorität zu. Allen voran seien hochrangige Parteikader aufgefordert, die Verfassung in vorbildlicher Weise zu befolgen und ihre Loyalität gegenüber Recht und Gesetz unter Beweis zu stellen.⁶⁵

Um den Ernst seiner Absichten unter Beweis zu stellen, bestellte Hu Jintao Ende Dezember die Mitglieder des neuen Politbüros zu einer Gruppensitzung ein, die sich dem eingehenden Studium der Verfassung widme-

te. Er kündigte an, solche „Verfassungskurse“ für die neue Parteiführung ab nun regelmäßig zu veranstalten.⁶⁶ Dieser Schritt Hu Jintaos mag als ein geschickter Schachzug interpretiert werden, um zu Beginn seiner Amtszeit als Generalsekretär der KPCh fraktionelle und seilschaftliche Allianzen unter den neuen Politbüromitgliedern aufzubrechen und damit Freiraum für eigene politische Initiativen zu gewinnen. Manche erkennen in Hus legalistischer Offensive auch eine Manöverkritik an Jiang Zemin und seinen mehrheitlich im Politbüro vertretenen Gefolgsleuten, denen er damit unterstellt habe, sich zur Sicherung ihrer politischen Macht über geltende Regeln und Gesetze hinweggesetzt zu haben.⁶⁷ Jedoch scheint es nicht angemessen, das rechtsstaatliche Plädoyer des neuen Generalsekretärs auf bloße Taktik zu reduzieren. Die prominente Thematisierung von Rechtsstaatlichkeit und verfassungsmäßiger politischer Institutionen in der (partei-)öffentlichen Diskussion könnte tatsächlich einen Ansatzpunkt für die Etablierung und Konsolidierung rechtlicher Normen bieten.

Vielversprechend erscheint außerdem die Tatsache, dass Zeng Qinghong zum neuen Präsidenten der Zentralen Parteischule bestimmt worden ist, nachdem Hu Jintao aufgrund der Übernahme des Generalsekretärsamtes ausgeschieden war.⁶⁸ Unter seiner Führung dürfte die Erarbeitung innovativer ideologischer Konzepte weiter vorangetrieben werden. Erste Anstöße lieferte Zeng Qinghong bereits in den zurückliegenden Wochen, als er in verschiedenen „wichtigen Reden“ zum Studium und zur kreativen Aufarbeitung der Inhalte des XVI. Parteitags aufrief. Interessant erscheint insbesondere eine Neudeutung der „Vier Grundprinzipien“ (vgl. oben), die Zeng Ende November vor Vertretern der Zentralen Parteischule vorgenommen hat. In Abwandlung zentraler Passagen des jüngsten Parteitags-Berichts soll er in das starre ideologische Rahmenwerk der „Vier Grundprinzipien“ u.a. pragmatische Forderungen wie den Schutz von physischer und nichtphysischer Arbeit, die Förderung freien Wettbewerbs in den Bereichen von Arbeit, Wissen, Technologie, Management und Kapital sowie des freien Austausches von Ressourcen jeder Art eingefügt haben.⁶⁹

Derartige Signale aus den ersten Wochen nach dem XVI. Parteitag deuten darauf hin, dass die neue Führungsspitze bemüht ist, die diskursive Präsenz innovativer Konzepte zu nutzen, um bereits zu Beginn ihrer neuen Amtszeit entsprechende Reformschritte in die Wege zu leiten. Wie weit es ihnen gelingen wird, diese parallel zum dringenden wirtschafts- und sozialpolitischen Handlungsbedarf und entgegen angestammter Eigeninteressen der Parteibürokratie konsequent zu verfolgen, werden die kommenden Monate und Jahre zeigen müssen.

⁶⁴Xinhua, 26.12.2002, nach BBC PF, 27.11.2002; XNA, 27.11.2002.

⁶⁵So etwa Willy Wo-Lap Lam, „Hu Jintao: Playing by the Rules“, in: *China Brief*, vol.3, issue 1 (14. Jan. 2003), http://china.jamestown.org/pubs/view/cwe_003_001_002.htm.

⁶⁶Vgl. Übersicht in der Rubrik Innenpolitik im vorderen Teil dieses Heftes.

⁶⁹*Hsin Pao* (Hongkong), 27.12.2002, nach FBIS, 27.12.2002.

⁶⁴Zur Stärkung parteiinterner Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen vgl. auch C.a., 2002/7, Ü 12.

⁶⁵Eine englische Übersetzung der vollständigen Rede findet sich in Xinhua, 4.12.2002, nach BBC PF, 5.12.2002; vgl. auch Xinhua, 3.12.2002, nach BBC PF, 10.3.2002; XNA, 5.12.2002.